



IDA-Infomail

Nummer 6

Dezember 2023, 24. Jg.

Editorial

- Neues von IDA, IDA-NRW & OBR
- Vielfalt-Mediathek
- Mitgliedsverbände

- 1 ● Aktion & Information 12
- 2 ● Seminare & Tagungen 18
- 8 ● Feier- & Gedenktage 19
- 10 ● Impressum 20

Editorial

Die Reaktionen der deutschen Gesellschaft auf den terroristischen Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober legen schonungslos die Schwierigkeiten offen, die in der deutschen Gesellschaft bestehen, gleichzeitig mit Antisemitismus und Rassismus umzugehen und beides zu kritisieren. Antisemitismus ist in der Community derer, die rassismuskritisch schreiben, lehren oder aktivistisch tätig sind, weit verbreitet und hat derzeit einen festen Platz an deutschen Hochschulen. Die Dämonisierung Israels als kolonialer Unterdrücker der Palästinenser:innen durch *weiße* nicht-jüdische „Linke“ blendet den eklatanten genozidalen Erlösungsantisemitismus der Hamas aus. So wird es möglich, sich von der eigenen familiären NS-Vergangenheit und Verantwortung zu distanzieren. Ihr antirassistisches Selbstbild stößt sich nicht am Antisemitismus ihrer Position.

Manche BIPOC* fühlen eine besondere Solidarität gegenüber den Palästinenser:innen, z.B. aus einem geteilten muslimischen Glauben oder weil sie sich als gemeinsame Opfer des Kolonialismus sehen. Auch hier werden komplexe Realitäten ausgeblendet, z. B. dass es auch palästinensische Christ:innen oder israelische Araber:innen gibt. Israel wird so zum kolonialen Aggressor dämonisiert und antisemitischer Terrorismus heruntergespielt. „Juden“ erscheinen als *weiße* Unterdrücker:innen, was die Uneindeutigkeit jüdischer Positionierungen verdrängt, nahtlos an antisemitische Stereotype anknüpft und Angriffe auf Jüdinnen:Juden befeuert. Auch hier lässt das antirassistische Selbstbild problemlos eine antisemitische Haltung zu.

Und schließlich ist offensichtlich, dass Konservative, wie die CDU unter Friedrich Merz, aber auch Medien wie Welt und Bild, Antisemitismus instrumentalisieren, um

Muslim:innen unter Generalverdacht zu stellen und antimuslimischen Rassismus zu schüren. Wie ist sonst die Formulierung im Entwurf des CDU-Grundsatzprogramms zu verstehen, wonach die Zugehörigkeit von Muslim:innen zu Deutschland unter Vorbehalt gestellt und eine Anerkennung des Existenzrechts Israels für die Einbürgerung gefordert wird. Für die guten, bürgerlich-demokratischen deutschen Konservativen gibt es keinen eigenen Antisemitismus, sie sind unschuldig, haben aus der Geschichte ihre Lektion gelernt und dürfen deswegen andere ausgrenzen. Dieses Selbstbild als von Antisemitismus Befreite unterschlägt die Instrumentalisierung von Juden:Jüdinnen für antimuslimisch-rassistische Haltungen.

Die Antisemitismusexpertin Astrid Messerschmidt betont immer wieder, dass sie die Positionen zu Antisemitismus in der deutschen Debatte vom Wunsch geprägt sieht, unschuldig zu sein. Dieser Wunsch prägt leider auch häufig Menschen, die Rassismus- und Antisemitismuskritik verbinden wollen. Wichtig ist zu erkennen, dass es keine Eindeutigkeit gibt. Für jedes Statement gegen Antisemitismus und antimuslimischen Rassismus wird es Anfeindungen geben, und jede Positionierung ist mit der Möglichkeit verbunden, selbst Probleme zu reproduzieren und Fehler zu machen. Aber es gilt: In unserer vielfältigen Gesellschaft müssen Rassismuskritik und Antisemitismuskritik intersektional sein. Jüdinnen:Juden müssen in rassismuskritischen Räumen sicher sein, Muslim:innen und als solche markierte Menschen müssen sicher sein vor Generalverdacht und es muss Raum für Solidarität und Mitgefühl mit der palästinensischen Zivilbevölkerung und für die Trauer um ihre Opfer geben. Und *weiße* nicht-jüdische Personen müssen in Räumen, die sie gestalten, all dies mitbedenken. Sonst ist es jedenfalls nicht unsere Rassismuskritik.

Sebastian Seng & Lea Winterscheidt

Neues von IDA e.V. & OBR:

■ Neuer IDA-Reader erschienen: Antifeminismus und Feminismen der Migrationsgesellschaft



Das Thema Antifeminismus taucht zunehmend in der Jugendarbeit und politischen Bildung auf. Als Gegenbewegung zu Emanzipation und als eigenständiges Ideologiephänomen innerhalb einer extrem rechten Weltsicht bietet es Anschlussmöglichkeit für

unterschiedliche gesellschaftliche Akteur:innen. Im Zusammenschluss mit rassistischen Ressentiments und traditionellen Werten positionieren sich diese aus verschiedenen Perspektiven gegen eine diverse Gesellschaft und die darin verankerten Feminismen.

Insbesondere Feminismen, die von der *weißen* Ausrichtung feministischer Bewegungen abweichen und diese in Frage stellen, werden zur Zielscheibe. Die in der bundesdeutschen Migrationsgesellschaft verankerten Lebensrealitäten marginalisierter Communitys werden parallel dazu in feministischen Kontexten lauter mitgedacht. Schwarze, migrantisierte, jüdische, behinderte und lesbische FINTA* kritisieren deutlich die Vorherrschaft *weißer* Perspektiven im Feminismus. Das selbstbewusste Teilen von Erfahrungen und das Einfordern eines intersektionalen Feminismus gehen mit verstärkter Abwehr und Feindseligkeiten gegenüber intersektionalen Feminist:innen einher.

Der Reader beschäftigt sich aus unterschiedlichen Perspektiven mit Antifeminismus, Feminismen der Migrationsgesellschaft und deren enger Verbindung. Dabei werden in der Auseinandersetzung mit Antifeminismus ideologische Verknüpfungen und gesellschaftliche Anknüpfungsfähigkeit hervorgehoben. Beiträge zu Feminismen in der Migrationsgesellschaft beschäftigen sich mit communitybezogenen Feminismen und Kriti-

ken am *weißen* Feminismus. Umfassend kommen auch Stimmen aus der Praxis zu Wort. Im letzten Teil des Readers werden Projekte vorgestellt und der Kontext der Jugendverbandsarbeit beleuchtet. Schließlich erläutert ein Glossar zentrale Begrifflichkeiten wie „Familismus“, „Femizid“ oder „Incel“.

Bis zu drei Exemplare des Readers können bei IDA gegen eine Versandpauschale von 3,00 Euro zuzüglich der gewichtsabhängigen Portokosten über die IDA-Website unter www.IDAev.de/publikationen/reader bestellt oder dort kostenlos als PDF heruntergeladen

■ IDA-Talks über Feminismen in der Migrationsgesellschaft und Antifeminismus

Ende November hat IDA zwei Online-Talks zu den Themen des gerade neu veröffentlichten Readers veranstaltet. In der ersten Veranstaltung stellten Audrey Dilangu, Rojda Arslan und Hilistina Banze intersektionale und Schwarze, kurdisch-alevitische und islamische bzw. muslimische feministische Perspektiven vor und diskutierten miteinander. Dabei ging es um aktuelle Fragen und Herausforderungen von intersektionalem Feminismus in Deutschland, wie unterschiedliche Feminismen über Konflikte hinweg die Dominanzkultur schwächen können, was gemeinsame Themen sein könnten bzw. sind und wie mit patriarchalen Verhaltensweisen in der eigenen Community umgegangen werden kann. Zum Abschluss plädierten die Referent:innen dafür, mehr darüber zu sprechen, wie und wo es möglich ist, sich mit anderen feministischen Strömungen zu verbünden, und wie Intersektionalität mehr Raum in der Politik erhalten könne.

In der zweiten Veranstaltung zum Thema Antifeminismus kamen vier Referent:innen mit sehr unterschiedlichen Arbeitsschwerpunkten zu Wort: Lisanne Heilmann beschrieb, wie sich junge Menschen auf der App TikTok mit antifeministischen und rassistischen Videos und Inhalten auseinander-

setzen und gegenseitig in ihren kritischen Positionen und ihrem Widersprechen stärken. Muhammed Topuz brachte anschließend das Thema Homonationalismus ein, es ging um die Aneignung feministischer und queerer Themen durch Rechte, um damit Rassismus zu legitimieren. Daniela Ordowski schloss aus Jugendverbandssicht an und argumentierte, wie politische Bildung in der Jugendarbeit ein wirksames Mittel ist, um Jugendliche vor der Ansprechbarkeit durch antifeministische Narrative und Akteur:innen zu schützen. Anschließend thematisierten die Teilnehmer:innen und Referent:innen gemeinsam in ihrer Diskussion die Rolle von Antifeminismus in ihrer pädagogischen Praxis und entwickelten konkrete Ideen zum Umgang mit Antifeminismus in der Arbeit mit jungen Menschen.

■ Lobbyarbeit zu den möglichen Folgen der aktuellen Haushaltslage für Opfer- und Mobile Beratungen sowie weitere Träger aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“

Bei einer Veranstaltung Anfang Dezember 2023 in Berlin hatte Bundesjugendministerin Lisa Paus zum Ausdruck gebracht, dass es – anders als in Jahren nach Bundestagswahlen – keinen vorzeitigen Maßnahmebeginn für aus dem Bundesprogramm „Demokratie leben!“ geförderte und nicht bereits durchgehend bis Ende 2024 bewilligte Projekte geben soll. Dies würde bedeuten, dass die Projektkosten auch nach einer späteren Bewilligung nach Verabschiedung des Bundeshaushalts nicht mehr abgerechnet werden können. Dies würde die Arbeit von Opfer- und Mobilen Beratung ab Januar 2024 in Frage stellen, obwohl den Beratungsnehmer:innen beispielsweise bereits Beratungs- und Gerichtstermine für Anfang 2024 im Vertrauen auf die durchgehende Bewilligung zugesagt wurden. Am Folgetag wurde dann bekannt, dass der Bundeshaushalt 2024 erst im nächsten Jahr verabschiedet soll.

Zahlreiche selbst betroffene und nicht betroffene Träger haben daraufhin eine intensive Lobbyarbeit gestartet, da davon auszuge-

hen war, dass die Problematik vielen Haushälter:innen und auch den Chefverhandler:innen nicht bekannt war, vor allem nicht in Bezug auf die möglichen Auswirkungen. Betroffen sind mindestens die Beratungsstrukturen in vier Bundesländern sowie mehrere bundesweite Projekte.

Eine zwei Tage nach der Veranstaltung veröffentlichte Pressemeldung, die auch von IDA e. V. und der Opferberatung Rheinland mitverantwortet wurde, hat folgenden Wortlaut:

Hundertern Demokratieprojekten droht das Aus zum 1. Januar – tausende Entlassungen sind zu befürchten

Der nicht verabschiedete Haushalt 2024 und die aktuelle Sperrung für zukünftige Ausgaben bedrohen die über 20 Jahre mühsam aufgebaute Landschaft der Demokratieprojekte in ihrer Existenz. Wenn es nicht spätestens bis Weihnachten eine Lösung gibt, müssen Kompetenznetzwerke, Beratungsstellen und Modellprojekte zum Jahreswechsel ihre Arbeit einstellen. Beratungsangebote für Opfer rechter Gewalt und für Antisemitismus Betroffene, Mobile Beratung als Unterstützung für Kommunalpolitik und Zivilgesellschaft, die bundesweiten Kompetenznetzwerke der Bildungs- und Vernetzungsarbeit zu Rassismus und Diskriminierung, Projekte der Deradikalisierungs- und Ausstiegsarbeit sowie die kommunalen Partnerschaften für Demokratie stehen vor dem Aus. Derzeit verfügen diese wichtigen Demokratieprojekte über keine Förderzusagen zum 1. Januar 2024 durch das zuständige Bundesfamilienministerium für das letzte Förderjahr der aktuellen Periode von „Demokratie leben!“. Auch ein „vorzeitiger Maßnahmebeginn“, der den Trägern die Fördermittel auch bei späterer Zahlung zusichert und damit die Zahlungsfähigkeit sicherstellt, kann nicht gewährt werden. Die Träger müssen ihre Maßnahmen zwangsläufig aussetzen. Damit laufen Arbeitsverträge aus oder müssen gekündigt werden. Büromieten können nicht mehr gezahlt werden. Noch gravierender aber: Menschen, die sich auf die professionelle Unterstützung ver-

lassen und auf Hilfe angewiesen sind, können nicht mehr beraten und begleitet werden.

Zuletzt hatten Familienministerin Lisa Paus und Innenministerin Nancy Faeser, die für die beiden zentralen Demokratieförderprogramme verantwortlich sind, noch die immense Bedeutung der Angebote betont. Ein „Demokratiefördergesetz“, das die Voraussetzungen für eine längerfristige Absicherung schaffen soll, steht nach jahrelangen Auseinandersetzungen nach Angaben der Koalition vor einer Verabschiedung noch in diesem Jahr. Offen bleibt, wie es final ausgestaltet sein wird. Es wird seinen Zweck jedoch in keinem Fall erfüllen können, wenn die Träger wegen ausbleibender Zahlungen ihre Arbeit einstellen müssen.

Die Demokratieförderung in Deutschland ist akut bedroht. Die Ampel kommt ihren eigenen Versprechen aktuell nicht nach und lässt die Träger und Projekte im Regen stehen. Auch von der CDU kommen aktuell keine konstruktiven Lösungsvorschläge, um wichtige Arbeitsfelder in dieser Krisensituation abzusichern.

Wir fordern daher:

- Die sehr zügige politische Einigung auf einen Haushalt 2024 ohne Kürzungen im Bereich der Demokratieförderung deutlich vor Weihnachten.
- Die Bewilligung eines vorzeitigen Maßnahmebeginns für die Träger in den Bundesprogrammen noch vor Weihnachten, damit die Arbeit in einem ersten Schritt überhaupt fortgeführt werden kann. Träger können dann mit Krediten oder über Kofinanzierungsmittel der Länder in Vorleistung gehen, deren Rückerstattung dann rechtlich möglich wäre.
- Eine zügige Freigabe der Mittel im Januar 2024 für das letzte Jahr der aktuellen Förderperiode von „Demokratie leben!“, damit der Erhalt der Arbeit nicht in der Verantwortung der Träger und ihrer Mitarbeitenden liegt. Hierzu müssen die Ministerinnen

beim Finanzminister eine Ausnahme geltend machen.

- Die Einlösung des Versprechens, durch das Demokratiefördergesetz eine nachhaltige Absicherung der Maßnahmen zu gewährleisten. Das Gesetz muss endlich durch die Ampel im Bundestag verabschiedet werden.

IDA e. V. und die Opferberatung Rheinland haben darüber hinaus einen vom Kompetenznetzwerk Hass im Netz initiierten Offenen Brief unterzeichnet, der hier veröffentlicht ist: <https://www.das-netz.de/offener-brief-eine-unterfinanzierte-zivilgesellschaft-gefaehrdet-die-demokratie>.

Der SPD-Parteitag hat am darauffolgenden Wochenende einen Initiativantrag mit folgendem Wortlaut beschlossen, der an die Bundestagsfraktion überwiesen wurde: „Der SPD-Parteitag fordert die SPD-Bundestagsfraktion auf, darauf hinzuwirken, dass das durch BMFSFJ verantwortete Bundesprogramm „Demokratie leben!“ zum Jahresanfang 2024 ohne Förderlücke weitergefördert wird. Dazu ist zumindest ein vorzeitiger Maßnahmebeginn schon vor Jahresende zu erteilen. Andernfalls besteht die erhebliche Gefahr, dass Beratungsprojekte gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus, Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt, aber auch die Modellvorhaben und kommunale Partnerschaften für Demokratie in eine Förderlücke geraten, die zu Projektabbrüchen, Entlassungen und Trägerinsolvenzen führen könnten.“

Auch der Sprecher:innenrat und die Geschäftsführung des Bundesnetzwerks Bürgerschaftliches Engagement (BBE) haben einen Offenen Brief an Bundeskanzler Scholz, Vizekanzler Habeck und Bundesminister Lindner versandt. Mehr dazu unter <https://www.b-b-e.de/aktuelles/detail/zivilgesellschaftliche-organisationen-bedroht-demo>

kratie-in-gefahr-tausende-von-stellen-durch-haushaltsvorbehalt-gefaehrdet/.

Laut einer epd-Meldung kurz vor Redaktionsschluss dieser Infomail hat Bundesjugendministerin Lisa Paus nun mitgeteilt, dass mit der grundsätzlichen Einigung der Koalitionsspitzen auf den Bundeshaushalt 2024 „die gute Nachricht verbunden [ist], dass mein Haushalt und damit das Fördervolumen von Projekten meines Hauses nicht gekürzt werden“ und damit die Weiterförderung von Projekten wie "Demokratie Leben!" oder des Kinder- und Jugendplans im bisher geplanten Umfang möglich sei. Sie werde nun die nötigen Schritte veranlassen, "um den betroffenen Projekten eine nahtlose Weiterarbeit zum 1. Januar 2024 zu ermöglichen", erklärte die Grünen-Politikerin.

■ Überlebende und Hinterbliebene rechter Todesfälle werden bei der Bewältigung der Tatfolgen alleine gelassen – das Projekt „ToreG NRW“

Aus einer Pressemitteilung von OBR und BackUp vom 6. Dezember 2023

Im Juni 2022 wurde das Landeskriminalamt Nordrhein-Westfalen durch das Ministerium des Innern des Landes Nordrhein-Westfalen beauftragt, im Rahmen des Projektes „ToreG NRW“ (Todesopfer rechter Gewalt NRW) eine längst überfällige Überprüfung von 30 Verdachtsfällen rechter Tötungsdelikte aus den vergangenen 40 Jahren durchzuführen, bei der die derzeit geltenden Definitionskriterien politisch motivierter Kriminalität rückwirkend angewandt werden sollen.

Aus Sicht der spezialisierten Opferberatungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt ist diese längst überfällige Neubewertung von Verdachtsfällen rechter Tötungsdelikte ausdrücklich zu begrüßen. Durch im Oktober 2023 beantwortete parlamentarische Anfragen wurden nun – kurz vor Abschluss der Projektlaufzeit Ende November 2023 – weitere Details zum Erhe-

bungs- und Bewertungsverfahren des Projektes veröffentlicht.

Die Antworten des Innenministeriums auf die parlamentarischen Anfragen der SPD-Abgeordneten Christina Kampmann und Sven Wolf zeigen jedoch, dass die derzeitige Projektdurchführung keinesfalls an Sensibilität gegenüber den Überlebenden, Angehörigen und Freund*innen der Getöteten orientiert ist und deren Perspektiven und Erfahrungen bei der Neubewertung der Fälle explizit unberücksichtigt bleiben. Damit missachtet das LKA die derzeit geltenden Kriterien für die Bewertung politisch motivierter Kriminalität, nach denen seit einer grundlegenden Reform der bundeseinheitlichen polizeilichen Erfassungskriterien im Jahr 2001 „bei der Würdigung der Umstände der Tat neben anderen Aspekten auch die Sicht der/des Betroffenen mit einzubeziehen [ist]“. Die Aussage des Innenministeriums, der Projektansatz umfasse „eine retrograde Betrachtung und Bewertung der jeweiligen Fälle anhand der heute gültigen Maßstäbe“ steht damit im offenen Widerspruch zur bundesweit gültigen Definition der politisch motivierten Kriminalität.

Die spezialisierten Beratungsstellen für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt in NRW haben nicht zuletzt seit dem Bekanntwerden des Projektes „ToreG NRW“ im Juni 2022 die Einbeziehung von Betroffenenperspektiven in die Neubewertung von Fällen gefordert, ebenso wie die Einbeziehung zivilgesellschaftlicher und unabhängiger wissenschaftlicher Akteure. Es ist zudem zwingend notwendig, dass Angehörige und Überlebende über den Ausgang einer etwaigen Prüfung ihres Falles informiert werden, um bei Bedarf professionelle Beratungs- und Unterstützungsleistungen in Anspruch nehmen und um rechtliche Ansprüche geltend machen zu können.

Nachdem mittlerweile durch Medienberichte bereits mindestens drei Fälle öffentlich gemacht wurden, die Gegenstand einer

Neubewertung durch das Projekt „ToreG NRW“ sind, ergibt sich laut Innenministerium dennoch „keine Benachrichtigungspflicht hinsichtlich der Hinterbliebenen bzw. Überlebenden“.

Die vollständige Pressemitteilung ist abrufbar unter <https://tinyurl.com/4k8mtk4p>.

■ Spendenaufruf der Opferberatung Rheinland – eine Betroffene von rassistischer Gewalt braucht eure Hilfe!

Von Brandanschlag Betroffene braucht finanzielle Hilfe: Sie und ihre Kinder brauchen Spenden, um Kleidung und Weihnachtsdekoration zu besorgen.

„Ich lebe mit der Angst, dass es nochmal passieren kann. Es geht mir um die Sicherheit

meiner Kinder“, sagt Brigitte. Sie ist von Gadjé-Rassismus betroffen und braucht nach dem Anschlag finanzielle Unterstützung.

Spendet entweder über Paypal – über den gelben Spendenbutton auf der OBR-Homepage opferberatung-rheinland.de/beratung oder opferberatung-rheinland.de/spenden.

Bitte unbedingt den Betreff „Brigitte“ angeben.



Beratung und Unterstützung
für Betroffene rechtsextremer
und rassistischer Gewalt

Neues von IDA-NRW:

■ Stellenausschreibung für das Projekt Re_Struct der Fachstelle IDA-NRW

Das Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA) sucht für das Projekt Re_Struct der Fachstelle IDA-NRW möglichst ab dem 15. Februar 2024 oder später

eine:n Mitarbeiter:in (70 bis 80 %) für die rassismuskritische und intersektionale Bildungsarbeit

Aufgaben:

- Konzipierung und Durchführung von Bildungsveranstaltungen für Fachkräfte und Multiplikator:innen bei öffentlichen und freien Trägern
- Beratung von Fachkräften und Organisationen
- Beantwortung und Organisation von Workshopenfragen
- Mitwirkung in der Öffentlichkeitsarbeit (u. a. Pressemitteilungen, Webpräsenz, Instagram, LinkedIn)
- Netzwerkausbau und -pflege zu relevanten Einrichtungen, Initiativen und Akteur*innen
- Dokumentation und Berichtswesen

Voraussetzungen:

- Hochschulabschluss in Geistes-/Sozialwissenschaften, Pädagogik oder vergleichbare Qualifikationen
- Sehr gute Kenntnisse der Themenfelder Rassismuskritik, Intersektionalität; Grundkenntnisse zu Antisemitismuskritik
- Erfahrungen in der (politischen) Bildungsarbeit (Workshops, Seminare, Vorträge) mit verschiedenen Zielgruppen (haupt- oder ehrenamtlich) und Altersgruppen
- Gute kommunikative Kompetenzen; Konfliktfähigkeit; Arbeitssprache: deutsch
- Didaktische Aufbereitung der Bildungsinhalte passend zur Zielgruppe

- Selbständiges, eigenverantwortliches Arbeiten sowie Teamfähigkeit
- Bereitschaft Bildungsangebote in ganz NRW durchzuführen, gelegentliche Arbeit am Wochenende
- Teilnahme an Fort- und Weiterbildung sowie Team- und Selbstreflexion

Wünschenswert:

- Erfahrung in der Erstellung von Bildungsmaterialien für Multiplikator:innen, Verfassen von Texten
- Kenntnisse im Bereich Rechtsextremismus
- Expertise über weitere Marginalisierungsdimensionen (z.B. differenzierte Rassismusbildungsformen wie Anti-Schwarzer- oder Gadge-Rassismus, Antislawismus, Ableismus, ...)
- Kenntnisse in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bereich sozialer Medien

Die Stelle hat einen Arbeitsumfang von 70 bis 80 Prozent (ca. 28 bis 32 Wochenarbeitsstunden). Die Vergütung erfolgt in Anlehnung an TV-L 11. Der Arbeitsort ist Düsseldorf. Die Stelle ist zunächst befristet bis zum 31.12.2024. Eine Weiterbeschäftigung über den 31. Dezember 2024 hinaus wird angestrebt.

IDA-NRW arbeitet aktiv an der Entwicklung eines rassismuskritischen, diversitätssensiblen und solidarischen Arbeitsumfeldes. Wir ermöglichen unseren Mitarbeitenden, sich im Themenfeld Rassismus, De-/Privilegierung und Empowerment weiterzubilden und schaffen Räume für die Selbst- und Teamreflexion. Bewerbungen von Black, Indigenous bzw. Menschen of Color und weiteren Marginalisierungserfahrungen sind daher ausdrücklich erwünscht, ebenso wird Erfahrungswissen wertgeschätzt und anerkannt.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.idaev.de/aktuelles/stellen-praktika>.

Neues aus unserer Vielfalt-Mediathek:

Die Vielfalt-Mediathek versammelt Materialien, die im Rahmen der Bundesprogramme „Demokratie leben!“ und der entsprechenden Vorläuferprogramme entstanden sind.

Sie wird regelmäßig um neue Materialien erweitert. Alle Publikationen, darunter Bildungsmaterialien, Trainingsordner, Audios und Videos können über die Website www.vielfalt-mediathek.de recherchiert oder heruntergeladen werden. Der Newsletter der Vielfalt-Mediathek stellt in jeder Ausgabe einen Themenschwerpunkt und neue Materialien vor. Zur Anmeldung geht es [hier](#).



ufuq.de - Pädagogik, politische Bildung und Prävention in der Migrationsgesellschaft (Hg.): JETZT MAL KONKRET! - Anregungen für den Unterricht. #5: Sinti und Roma in Deutschland: Eine nationale Minderheit kämpft für gleiche Rechte

2023, 12 S., Fachinformationen, Unterrichtsmaterialien/Arbeitshilfe

Ausgabe 5 von "Jetzt mal Konkret" setzt sich mit der Situation von Sinti:zze und Rom:nja in Deutschland auseinander. Es erklärt für Schüler:innen verständlich am Beispiel der Minderheit der Sinti:zze und Rom:nja das Rechtsprinzip des Minderheitenschutzes in Deutschland und stellt diesem die Realität gegenüber. Sie stellt zudem ihre Geschichte vor, fragt sich, was unter "Antiziganismus" zu verstehen ist und was man dagegen tun kann.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/5exfs8vb>.



RIAS Hessen - Recherche- und Informationsstelle Antisemitismus Hessen am Demokratiezentrum Hessen der Philipps-Universität Marburg (Hg.): documenta fifteen. „Es wurde eine dunkelrote Linie überschritten“

2023, 131 S., Fachinformation

Die „documenta fifteen“ wird in Erinnerung bleiben als Skandal. Mehrere Werke waren entweder offen antisemitisch oder zumindest im Graubereich zu verorten. Der Band sammelt Stimmen und Perspektiven auf die 15. Ausgabe der documenta. Er setzt sich dabei mit Fragen nach dem Warum und nach der zukünftigen Bedeutung auseinander.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/3fbkzr9e>.



DGB Jugend Niederbayern (Hg.): Ratgeber. Nazis hassen diese Tricks. 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus

2023, 88 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterialien/Arbeitshilfe

Mit den folgenden 20 Überlegungen zum Vorgehen gegen Rechtsextremismus sollen effektive Handlungsstrategien zugänglich gemacht und Reflektionsprozesse angeregt werden. Die Überlegungen sind in unterschiedliche Themengebiete unterteilt. Sie reichen von Bildung über Solidarität bis hin zu "Mit Rechten reden?" und noch vielen mehr. Das Ziel ist die Stärkung einer aktiven Zivilgesellschaft, die sich dem Kampf gegen Rechtsextremismus verpflichtet fühlt.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/47ruxm3m>.



Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (Hg.): Determinanten radikalierungsbezogener Resilienz im Jugendalter. Entwicklung eines Interventionstoolkits zur Förderung der Resilienz gegenüber rechtsextremen und radikal-islamistischen Ideologien. Ergebnisbericht und Handreichung für Praktiker:innen der Extremismusprävention

2023, 156 S., Fachinformation, Unterrichtsmaterial/Arbeitshilfe

Die extreme Rechte und auch der Islamismus sind und bleiben eine gesellschaftliche Bedrohung, die sich nicht ignorieren lassen. Es ist daher eine Notwendigkeit, effektive Präventionsmaßnahmen zu entwickeln, die auch universell anwendbar sind. Die vorliegende Studie setzt sich dementsprechend mit der Frage auseinander: Warum sich bestimmte Jugendliche trotz radikalierungsbegünstigender Umstände nicht radikalisieren?

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/2zwxwke4>.



Institut für Demokratieforschung - Bundesfachstelle Linke Militanz - Georg-August-Universität Göttingen (Hg.): Kurzstudie: Antifa Ost. Die radikale Linke als Teil der politischen Kultur am Beispiel von Rostock und Leipzig

2022, 60 S., Fachinformation

Die Kurzstudie untersucht die Rolle der radikalen Linken innerhalb von zwei ostdeutschen Stadtgesellschaften, Rostock und Leipzig, um ostdeutsche Entwicklungen und Spezifika hinsichtlich der radikalen Linken herauszuarbeiten und diese als Teil der politischen Auseinandersetzung aus sich selbst heraus zu beschreiben, in ein politisch-kulturelles Umfeld einzubetten sowie auf die Wechselbeziehungen von Akteurin und Umfeld zu schauen.

Zum Download geht es unter <https://tinyurl.com/23ztu23d>.

Gefördert vom



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

im Rahmen des Bundesprogramms

Demokratie **leben!**

Die Veröffentlichungen stellen keine Meinungsäußerung des BMFSFJ bzw. des BAFzA dar. Für inhaltliche Aussagen trägt der:die Autor:in bzw. tragen die Autor:innen die Verantwortung.

Neues aus den Mitgliedsverbänden:

■ Gemeinsame Perspektiven auf Erinnerungskultur: Wochenendseminar mit ÊJD und BDAJ



Vom 20. bis 22. Oktober fand das Wochenendseminar „Erinnerungskultur im Dialog: Alevitische und êzidische Perspektiven“ in Hildesheim statt. Die Veranstaltung war eine Kooperation

des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismus (IDA e. V.), der Êzidischen Jugend in Deutschland (ÊJD e. V.) sowie des Bund der Alevitischen Jugendlichen in Deutschland (BDAJ e. V.) und wurde durch die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) gefördert.

Was bedeutet eigentlich Erinnern und was ist Erinnerungskultur? Mit diesen Fragen starteten 22 Teilnehmer:innen thematisch in das Seminar und merkten über das Wochenende schnell, wie viel dazu gehört. Von Themen wie Identität, Familiengeschichte, Rituale, Bräuche, Essen, Gerüche, über religiöse Symbole. Über die Fragen, was erinnert wird und wer das entscheidet, bis zu den Themen traumatische Ereignisse und Verdrängung. Und dem Wunsch, die bereits geleistete Arbeit zu Erinnerungskultur zu würdigen und voranzutreiben sowie weiterhin zu erinnern und nicht zu vergessen. Es stand also einiges auf dem Programm – und der Austausch war engagiert, anregend und wertvoll.

Neben viel thematischem Input kam auch der Spaß bei Energizer-Übungen und dem Gemeinschaftsspiel „Werwolf“ nicht zu kurz.



■ Austritt aus dem „Bündnis für die junge Generation“

Vertreter:innen von AGJ, BAG OKJA, bkj, DBJR, dsj und GEMINI sowie sechs weitere Personen, haben ihren Austritt aus dem „Bündnis für die junge Generation“ erklärt. Das Bündnis, ins Leben gerufen von Bundesjugendministerin Lisa Paus, zielte darauf ab, Jugendanliegen zu fördern. Trotz Unterstützung blieb es weitgehend inaktiv. Angesichts der Haushaltspolitik der Bundesregierung und Kürzungen im Kinder- und Jugendplan (KJP) erschien eine weitere Mitwirkung untragbar. Weitere Details sind in einem nicht veröffentlichten Brief an das BMFSFJ enthalten. Weitere Informationen erhalten Interessierte unter <https://jugendhilfeportal.de/artikel/vertreterinnen-der-kinder-und-jugendhilfe-treten-aus-buendnis-fuer-die-junge-generation-aus>.

■ BDL setzt sich für Bekämpfung von Jugendarmut ein

Sebastian Dückers, Vizevorsitzender des Bundes der Deutschen Landjugend e.V. (BDL), fordert entschiedenes Handeln gegen die Armut unter jungen Menschen. In Deutschland lebt etwa jeder vierte junge Mensch in prekären Verhältnissen. Der BDL sieht in der Jugendarmut nicht nur eine temporäre Benachteiligung, sondern eine langfristige Einschränkung der persönlichen und beruflichen Entwicklungsmöglichkeiten.

Dücker hebt hervor, dass Armut im ländlichen Raum, oft als idyllisch und unberührt angesehen, ebenso verbreitet ist. Diese Erkenntnis stützt sich auf aktuelle Studien, die ein hohes Armutsrisiko in strukturschwachen Gebieten aufzeigen. Der BDL, als größter Jugendverband im ländlichen Raum, nimmt sich dieser Herausforderung an.

Die Forderungen des Verbandes sind konkret: Eine gut ausgestattete Kindergrundsicherung, kostenfreier Nahverkehr für armutsbetroffene Jugendliche und barrierefreie Beteiligungsverfahren. Der BDL betont, dass Jugendverbände zwar unterstützen, aber nicht

die Ursachen von Armut beseitigen können. Diese Aufgabe liege in der politischen Verantwortung.

Die umfassenden Forderungen und Konzepte des BDL sind im aktuellen Positionspapier „Jeder Mensch ist wertvoll. Jugendarmut bekämpfen und Zukunftsperspektiven fördern“ nachzulesen. Weiterführende Informationen finden sich unter www.landjugend.de/fileadmin/Redaktion/Downloads/Positionen/2023_BDL-Positionspapier_Jugendarmut.pdf.

■ NAJU: Engagement gegen rechte Einflüsse im Bereich Naturschutz



Das Projekt „Kein Blattbreit der Rechten“ der Naturschutzjugend im NABU (NAJU) stellt sich gegen die Instrumentalisierung des Natur- und Umweltschutzes durch rechte

Gruppierungen. Es zeigt sich, dass rechte Ideologien im Naturschutz subtil verankert werden, um demokratiefeindliche Einflüsse zu verbreiten. Eine Umfrage unter NABU-Gliederungen ergab, dass 40,9% der westdeutschen und 80% der ostdeutschen Landesverbände bereits von rechten Aktivitäten betroffen waren.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.naju.de/für-jugendliche/kein-blattbreit-der-rechten/>.

■ DOSB und dsj präsentieren Menschenrechts-Policy im Sport

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) und die Deutsche Sportjugend (dsj) haben eine richtungsweisende Menschenrechts-Policy vorgestellt, die ihr Engagement für die Achtung aller Menschen- und Kinderrechte im Sport unterstreicht. Dieser Schritt erfolgt im Kontext des 75-jährigen Jubiläums der UN-Menschenrechtscharta.

Die Policy, entwickelt in Zusammenarbeit mit verschiedenen Stakeholdern und dem Centre for Sport and Human Rights (CSHR), umfasst fünf Kernbereiche: Schutz vor Gewalt, Diskriminierung, Gesundheit und Sicherheit, Mitsprache- und Beteiligungsrechte sowie Arbeitnehmer*innenrechte. Joachim Rücker, Geschäftsführer des DOSB-Menschenrechtsbeirats, hebt hervor, dass der Sport aufgrund seiner ethischen Prinzipien und des Fairplay eine natürliche Affinität zu Menschenrechten hat.

Die Initiative des DOSB und der dsj, die sich an den UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte orientiert, ist ein wegweisender Schritt im Sport. Sie zielt darauf ab, eine positive „Kultur der Menschenrechte im Sport“ zu fördern und wird durch einen Aktionsplan mit konkreten Zielen und Maßnahmen ergänzt.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.dsj.de/news/dsj-und-dosb-stellen-menschenrechts-policy-vor>.

Stellungnahmen, Pressemitteilungen, News

■ Resolution für Flüchtlingsschutz beim Asylpolitischen Forum 2023

Der Flüchtlingsrat NRW hat im Rahmen des Asylpolitischen Forums 2023 eine Resolution mit dem Titel „Flüchtlingsschutz statt Abschottung – Integriertes Bleibemanagement statt Abschiebung“ verabschiedet. Die Präambel der Resolution betont das Grundrecht auf Asyl und den Flüchtlingsschutz nach der Genfer Flüchtlingskonvention als unverhandelbare Menschenrechte und Grundlagen der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaften in Deutschland und der EU. Sie warnt vor rassistischen und entmenschlichenden Tendenzen im Diskurs zu Flucht und Migration und unterstreicht die Bedeutung der Menschenrechte für staatliches Handeln in der EU und an ihren Außengrenzen.

Weiterführende Informationen finden sich unter https://www.fnrw.de/fileadmin/fnrw/media/downloads/Pressemitteilungen/20231204_PM_Resolution_Asylpolitisches_Forum_2023.pdf.

■ IPPNW startet Meldeportal für Abschiebungen aus stationärer Behandlung

Die ärztliche Friedensorganisation IPPNW (Internationale Ärzte für die Verhütung des Atomkrieges, Ärzte in sozialer Verantwortung e. V.) hat zum 75. Jahrestag der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte ein neues Meldeportal ins Leben gerufen. Das Portal „Abschiebungen im Kontext stationärer Behandlung“ ermöglicht die anonyme Meldung von Fällen, in denen Geflüchtete aus stationärer Krankenhausbehandlung abge-

schoben werden. Ziel ist es, auf die schwerwiegenden Auswirkungen solcher Abschiebungen auf den Heilungsprozess und die gesundheitliche Situation der Betroffenen aufmerksam zu machen.

Die IPPNW kritisiert, dass Abschiebungen aus Krankenhäusern während laufender Behandlung in vielen Bundesländern möglich sind und nur einige ein explizites Verbot solcher Praktiken haben. Mit dem neuen Portal soll eine Datengrundlage geschaffen werden, um den Handlungsbedarf in diesem Bereich zu dokumentieren. Weiterführende Informationen und die vollständige Pressemitteilung der IPPNW finden sich unter <https://www.ippnw.de/startseite/artikel/de/neues-meldeportal-sammelt-faelle-von.html>.

■ Neue Beratungsstellen für geflüchtete Rom:nja aus der Ukraine

Das Roma Center / Roma Antidiscrimination Network hat im Dezember 2023 Beratungsstellen in Niedersachsen, Hamburg und Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Ziel ist die Unterstützung geflüchteter Rom:nja aus der Ukraine in verschiedenen Bereichen wie Behördengängen, Wohnungssuche, und Integrationsfragen. Zusätzlich bietet eine Hotline telefonische Erstberatung. Die Beratungsstellen leisten auch Hilfe bei Diskriminierung und Konflikten sowie Übersetzungen in Romanes, Ukrainisch und Russisch.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://ran.eu.com/neu-beratungsstellen-fur-gefluchtete-roma-aus-der-ukraine-in-3-bundeslandern/>.

Publikationen, Materialien, Ressourcen, Veröffentlichung

■ Neue Broschüre: „Die extreme Rechte und Menschenfeindlichkeit in der Umweltbildung“

Die Fachstelle Radikalisierungsprävention und Engagement im Naturschutz (FARN) hat eine Broschüre mit dem Titel: „Die extreme Rechte und Menschenfeindlichkeit in der Umweltbildung“ veröffentlicht, die die Verbindungen zwischen Umweltbildung und rechten Ideologien beleuchtet. Diese Publikation zeigt auf, wie unreflektierte Naturbilder und romanzierte Vorstellungen der Natur für völkische und menschenfeindliche Ansichten anschlussfähig sein können. Sie fordert zu einer kritischen Auseinandersetzung mit umweltpädagogischen Ansätzen auf und bietet Ansätze zur Vermeidung einer Vereinnahmung durch rechte Akteure. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.nf-farn.de/extreme-rechte-menschenfeindlichkeit-umweltbildung>.

■ Studie zum Racial Profiling: Empfehlung von Kontrollquittungen durch Polizei

In einer jüngst erschienenen Studie des Sachverständigenrates für Integration und Migration wird wissenschaftlich bestätigt, worauf Betroffene schon lange aufmerksam machen: Racial Profiling ist in Deutschland empirische Realität. In einem neunmonatigen Zeitraum in den Jahren 2021 und 2022 wurden als Teil des SVR-Integrationsbarometers 15.000 Menschen zu ihrer selbstwahrgenommenen Fremdzuschreibung und Häufigkeit öffentlicher Polizeikontrollen befragt. Dabei wurden Befragte gebeten, eine Selbsteinschätzung zu möglicher wahrgenommener Fremdzuschreibung hinsichtlich äußerlich wahrnehmbarer Differenz anzugeben. Dies bezog sich auf sichtbare Merkmale wie Hautton, Kleidung oder Haartyp, also jene Marker, die häufig als Abweichung von einer *weißen*, „standarddeutschen“ Norm geltenbenutzt werden, um Menschen rassistisch auszugrenzen. Ebenso wurde die Häufigkeit von erlebten Polizeikontrollen im öffentlichen Raum innerhalb der

vergangenen zwölf Monate abgefragt. Das Ergebnis ist, auch nach der statistischen Kontrolle bezüglich weiterer Merkmale, eindeutig: Personen, die angeben anhand von äußerlichen Merkmalen als „ausländisch“ oder „fremd“ wahrgenommen zu werden, erleben fast doppelt so häufig Polizeikontrollen (8,3%) wie jene, bei denen dies nicht der Fall ist (4,4%).

Es zeigen sich außerdem intersektionale Verschränkungen von Alter und Geschlecht; besonders deutlich wird dies an der höchsten Kontrollwahrscheinlichkeit für junge, different wahrgenommene Männer im Alter zwischen 15 und 34 Jahren. Mögliche Ursachen werden in der vorurteilsbehafteten Kontrollpraxis von different wahrgenommenen Menschen und den Kontrollmechanismen in sogenannten „Hotspots für Kriminalität“ vermutet, die oft in Vierteln mit hoher sozialer Benachteiligung sowie einem hohen Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte verortet werden.

Somit sind belastbare Indizien zu Racial Profiling in Deutschland verfügbar und zeichnen erstmals empirisch ein Bild der Situation. In Reaktion auf die Ergebnisse begrüßen die Autor:innen zudem die geplante Einführung von Bescheinigungen, sogenannte Kontrollquittungen, über erfolgte Bundespolizeikontrollen im Rahmen der Neustrukturierung des Bundespolizeigesetzes. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://mediendienst-integration.de/artikel/was-bringen-kontrollquittungen-bei-einsaetzen-der-polizei.html>.

■ Neues Informationsportal zum Rechtsextremismus von der bpb gestartet

Die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) hat ein neues, Informationsportal zum Thema Rechtsextremismus ins Leben gerufen. Der „InfoPool Rechtsextremismus“, der seit dem 4. Dezember 2023 zugänglich ist, bietet umfangreiche Hintergrundinformationen und Unterstützungsangebote speziell für Fachkräfte in Bildung, Verwaltung und Sicherheitsbehörden.

Das Portal dient als zentrale Anlaufstelle für aktuelle Beiträge und Artikel zu verschiedenen Themenschwerpunkten im Bereich Rechtsextremismus und Rechtsextremismusprävention. Ein besonderer Fokus liegt dabei auf praxisrelevanten Hintergrundtexten, die quartalsweise veröffentlicht werden. Themen wie der Ausstieg aus der rechtsextremen Szene und der Umgang mit rechtsextremen Einstellungen und ReichsbürgerInnen stehen dabei im Vordergrund.

Das Informationsportal zielt darauf ab, Bildungsarbeit im Umgang mit rechtsextremen Einstellungsmustern zu stärken und sich mit aktuellen Entwicklungen und Herausforderungen im Bereich des Rechtsextremismus auseinanderzusetzen. Die bpb plant zudem, im kommenden Jahr einen Newsletter einzurichten, um Interessierte regelmäßig mit aktuellen Informationen und Entwicklungen zu versorgen.

Weiterführende Informationen finden sich unter www.bpb.de/infopool.

■ Erkenntnisse und Handlungsstrategien aus dem Projekt „amal“ zu Rassistischer und Extrem Rechter Gewalt

Das Projekt „amal – Auswirkungen rechtsextremer und rassistischer Gewalt auf das Alltagsleben von Menschen mit Migrationsgeschichte und BiPoC* in NRW“, hat seinen Forschungsbericht vorgelegt. Dieser bietet aufschlussreiche Daten und Analysen über die Formen, Folgen und den Umgang mit rassistischer und extrem rechter Gewalt.

Im Rahmen des Projekts wurden in Nordrhein-Westfalen qualitative Interviews und Fokusgruppendifkussionen mit Fachkräften und Betroffenen geführt. Die Ergebnisse zeigen verschiedene Gewaltausprägungen: von singulären Ereignissen über kontextualisierte Ereignisketten bis hin zur Biographisierung von Gewalterfahrungen. Besonders betont wird die sekundäre Viktimisierung, die Betroffene

durch Verharmlosung oder Nicht-Glauben an ihre Erfahrungen erleben.

Der Bericht unterstreicht die vielfältigen und tiefgreifenden Folgen von rassistischer und extrem rechter Gewalt. Diese reichen von körperlichen und psychischen Traumata bis hin zu sozialen und beruflichen Auswirkungen. Er hebt zudem die Notwendigkeit hervor, Präventions-, Interventions- und Rehabilitationsstrategien zu entwickeln, die auf die Realitäten der Betroffenen abgestimmt sind.

Neben dem Forschungsbericht entstanden im Kontext des Projekts zwei Policy Paper, die als Reflexionspapier für die Praxis dienen. Sie bieten Anregungen zur Organisationsentwicklung in Bildungs- und Beratungssettings. Alle Publikationen sind auf der Webseite der TH Köln verfügbar und stellen eine wertvolle Ressource für Fachkräfte in der Beratungs- und Bildungsarbeit dar. Weiterführende Informationen finden sich unter www.th-koeln.de/amal.

■ Multilinguale Unterstützung für Geflüchtete: www.flucht-gender.de erweitert Sprachangebot

Die Website des „Netzwerks geflüchtete Mädchen und junge Frauen“, www.flucht-gender.de, ist ab sofort in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Ukrainisch verfügbar. Eine Dari-Version wird bald hinzugefügt. Diese Plattform bietet umfassende Informationen zu Unterstützungsangeboten, Beratung, Publikationen und Kampagnen speziell für geflüchtete Mädchen und junge Frauen.

Nutzer:innen können in der Datenbank gezielt nach Angeboten und Gruppen suchen, sowohl auf Landes- als auch Bundesebene. Die Webseite wächst kontinuierlich und baut auf die Beiträge der Community für neue Inhalte. Weiterführende Informationen finden sich unter www.flucht-gender.de.

■ Effektive Strategien gegen Antisemitismus im Bildungsbereich

Infolge der Terrorangriffe auf Israel kommt es in letzter Zeit verstärkt zu Konfliktsituationen und Herausforderungen im pädagogischen Alltag. Sowohl Fachkräfte als auch junge Menschen sind damit konfrontiert, die Ereignisse angemessen zu thematisieren und sich mit den Folgen des Angriffs auseinanderzusetzen. Dabei kommt es oft zu antisemitischen Äußerungen und zu verzerrten Bildern von Israel und vom Nahostkonflikt. Das Team bei ConAct vom Projekt „Sichtbar Handeln! Gegen Antisemitismus.“ steht Fachkräften der Jugend- und Bildungsarbeit zur Seite und bietet folgende pädagogischen Formate an:

- Weiterbildungsmöglichkeiten zum Umgang mit Antisemitismus im Arbeitsalltag in der Jugend- und Bildungsarbeit
- Weiterbildungsmöglichkeiten zum Umgang mit dem Nahostkonflikt im pädagogischen Raum
- Pädagogische Materialien für eine antisemitismussensible Bildungsarbeit
- Input und Austausch mit israelischen Partner:innen zu Bedeutungen der Ereignisse vor Ort in Israel
- Beratung und Weiterbildungsmöglichkeiten für Lehrkräfte zum Umgang mit Antisemitismus und Nahostkonflikt im Kontext des Angriffs auf Israel

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.conact-org.de>.

■ Analyse rechter Kontinuitäten in Deutschland: Neue Publikation des JFDA

Das Jüdische Forum für Demokratie und gegen Antisemitismus e. V. (JFDA) präsentiert die Publikation „Autoritäre Raumnahme: Betrachtungen rechter Dynamiken und Kontinuitäten“, die eine tiefgehende Analyse der rechtsextremen Entwicklungen in Deutschland seit dem Ende des Nationalsozialismus bietet. Diese dritte Ausgabe der Reihe im.feld,

zusammengestellt von Sebastian Beer und Helen Greiner, beleuchtet die langfristigen Muster rechter Einstellungen und Aktivitäten.

In Interviews mit Rechtsextremismus-Experten wird der Fokus sowohl auf aktuelle politische Ereignisse wie den Aufstieg der AfD, als auch auf historische Kontinuitäten gerichtet. Die Publikation ist als kostenfreier Download verfügbar. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/m-r2kx9eh>.

■ Neue Dokus von Medienprojekt Wuppertal: Junge Stimmen zum Israel-Palästina-Konflikt

Das Medienprojekt Wuppertal hat zwei Dokumentarfilme aus ihrem „Hallo Hoffnung“-Projekt auf YouTube veröffentlicht, die den Israel-Palästina-Konflikt aus der Perspektive junger Menschen beleuchten. „Pogromnacht“ und „Stoppt den Krieg“ sind jeweils 15-minütige Werke von Nachwuchsfilmemacher:innen aus Wuppertal, die unterschiedliche Ansichten und Gefühle zum Konflikt darstellen.

„Pogromnacht“ reflektiert über Erinnerungskultur und Solidarität in Deutschland, während „Stoppt den Krieg“ zwei Demonstrationen in Wuppertal dokumentiert, die sich mit den Themen Freiheit und Antisemitismus auseinandersetzen. Beide Filme fördern ein Verständnis für unterschiedliche Perspektiven und setzen sich für ein friedliches Miteinander ein.

Die Dokumentationen sind online zugänglich und bieten eine Plattform für junge Stimmen, die zu einem friedlichen und toleranten Zusammenleben beitragen wollen. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://tinyurl.com/a9u9un28>.

■ CeMAS-Report: „Reichsbürger“ als Teil der rechtsextremen Szene

Der neue CeMAS-Report „Durch die Krise ins Reich“ beleuchtet die wachsende Gefahr, die vom „Reichsbürger“-Milieu in Deutschland

ausgeht. Der Autor Jan Rathje hebt hervor, dass diese Gruppierung, die oft als Randphänomen abgetan wird, tief in antisemitischen und rechtsextremen Ideologien verwurzelt ist. Der Report zeigt, dass das Milieu über einen größeren Anhängerkreis verfügt als bisher angenommen und eine zunehmende Radikalisierung erfährt, wobei es gezielt kampferfahrene Personen aus Militär und Polizei rekrutiert.

Die Analyse betont die Notwendigkeit, die „Reichsbürger“-Bewegung klar als Teil der extremen Rechten zu betrachten und entsprechend zu behandeln, um die Verharmlosung ihrer Bedrohung zu verhindern. Weiterführende Informationen finden sich unter <https://cemas.io/publikationen/durch-die-krise-ins-reich/>.

■ Power Pack Kids von FUMA NRW: Innovative Methoden für Diversitätsbewusstsein in der Kinderarbeit

Ab Februar 2024 stellt FUMA NRW die hybride Methodensammlung das "Power Pack Kids" vor. Diese Sammlung ist ein wertvolles Tool für Fachkräfte, um mit Kindern Vielfalt und Diskriminierung zu thematisieren und dabei eine diskriminierungssensible Praxis zu fördern. Die Methoden sind so ausgewählt, dass sie Kinder in ihrer Vielfaltskompetenz stärken, sie für Ungerechtigkeiten sensibilisieren und sie befähigen, aktiv gegen Diskriminierung vorzugehen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.gender-nrw.de/power-pack-kids/>.

Förderungen, Wettbewerbe, Ausschreibungen

■ Resolution für Flüchtlingsschutz beim Asylpolitischen Forum 2023

Die Pill Mayer Stiftung lobt einen Förderpreis für herausragende interkulturelle Kulturprojekte für Kinder und Jugendliche aus. Der Preis, der mit 1.000 Euro dotiert ist, würdigt Initiativen, die durch künstlerische Ausdrucksformen den interkulturellen Dialog fördern und nachhaltige Wirkung zeigen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://pillmayerstiftung.org/was-wir-tun/foerderpreis-fuer-interkulturellen-dialog/>.

■ Youclub 2023: Stiftung Bildung fördert nachhaltige Jugendprojekte

Mit dem Programm „youclub2030“ fördert die Stiftung Bildung Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen mit 6.000 Euro Projekte, die eine nachhaltige Zukunft auf den Weg bringen wollen. Das Geld kann für Materialien, Maschinen, Einrichtung, Veranstaltungen, Workshops, Honorare und vieles mehr eingesetzt werden. Zudem kann kostenfrei an Netzwerktreffen und Workshops teilgenommen werden. Die Bewerbungen werden fortlaufend entgegengenommen.

Weiterführende Informationen finden sich unter <https://www.stiftungbildung.org/youclub2030/>.

■ **Fortbildung: Rechte Ideologien im Naturschutz**

Termin: 9. Januar und 7. Februar 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

NAJU - Naturschutzjugend im NABU

<https://tinyurl.com/3w59jv5t>

■ **Fortbildung: Gender- und diversitätssensible Sprache - Eine Einführung in diversitätssensibles Sprachhandeln**

Termin: 18. Januar 2024

Ort: Essen

Info & Anmeldung:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

<https://tinyurl.com/yckh23mx>

■ **Fachtag: Antiziganismus in der kommunalen Praxis - Bestandsaufnahme und Handlungsstrategien**

Termin: 19. Januar 2023

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Bildungsforum in Kooperation mit Amaro Foro e.V. und dem Forschungsinstitut Gesellschaftlicher Zusammenhalt

<https://tinyurl.com/5br8aen5>

■ **15. Fachgespräch: Politische Bildung an historischen Orten des Nationalsozialismus**

Termin: 19. bis 20. Januar 2023

Ort: Dachau

Info & Anmeldung:

Max Mannheimer Studienzentrum

<https://tinyurl.com/5e9825rm>

■ **Fortbildung: Rassismuskritisches Handeln in der Migrationsgesellschaft**

Termin: 2. bis 4. Februar, 5. bis 7. April, 24. bis 26. Mai 2024

Ort: Bremen

Info & Anmeldung:

Jugendbildungsstätte LidiceHaus

<https://tinyurl.com/2sy4e5jv>

■ **Seminar: Powerpack Kids (FUMA) - Eine Reise beginnt: Eine digitale Einführung in unsere Methodensammlung**

Termin: 7. Februar 2023

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA Fachstelle Gender & Diversity NRW

<https://tinyurl.com/2rnekdex>

■ **Fortbildung: Der Anti-Bias-Ansatz**

Termin: 14. bis 15. Februar 2024

Ort: Online

Info & Anmeldung:

FUMA Fachstelle Gender & Diversität NRW

<https://tinyurl.com/38skvwdz>

■ **Fachtag: Antifaschismus der Katholischen jungen Gemeinde (KjG)**

Termin: 17. Februar 2024

Ort: Essen

Info & Anmeldung:

KJG - Katholische junge Gemeinde

<https://tinyurl.com/4erjekbs>

■ **Bundesweite Vorbereitungstagung zur Interkulturellen Woche 2024**

Termin: 23. und 24. Februar 2024

Ort: Magdeburg

Info & Anmeldung:

Ökumenischer Vorbereitungsausschuss zur Interkulturellen Woche (ÖVA)

<https://tinyurl.com/4736387t>

■ **Fortbildung: Antifeminismus begegnen: Wissen und Praxis für pädagogische Fachkräfte**

Termin: Drei Wochenenden ab 29. Februar 2024

Ort: Berlin

Info & Anmeldung:

Dissens - Institut für Bildung und Forschung e.V.

<https://tinyurl.com/44ra3vmb>

In unserer Rubrik „Feier- & Gedenktage“ geben wir einen Ausblick auf die kommenden zwei Monate. Erläuterungen zu jedem Ereignis und eine Legende zu den einzelnen Symbolen finden sich auf unserer Website unter <https://www.idaev.de/researchetools/feier-und-gedenktage> oder in unserem **Wandkalender** unter <https://tinyurl.com/y415ndt9>. Wir freuen uns über Hinweise auf weitere Feier- & Gedenktage der Migrationsgesellschaft an info@IDAev.de.

JANUAR

01	Neujahr	Inkrafttr. des Staatsangehörigkeitsrechts Inkrafttreten des Zuwanderungsgesetzes
02		
03		
04	Welttag der Brailleschrift	
05		
06	Orthodoxes Weihnachtsfest	
07		Oury Jalloh
08		
09		
10		
11		
12		
13		
14		
15		
16		
17	Geburtstag des IDA (Gründung am 17.01.1990)	
18		
19	Sprengstoffanschlag in der Probsteigasse Köln	
20		
21		
22		
23		
24		
25		
26		
27	Internationaler Holocaust Gedenktag für alle Opfer des Nationalsozialismus	
28		
29		
30		

FEBRUAR

01	Black History Month
02	
03	
04	
05	
06	Int. Tag der Nulltoleranz gegenüber d. Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen
07	
08	
09	Int. Tag des Gedenkens an die Opfer des Verbrechens des Völkermordes
10	Tag der Menschenrechte
11	
12	Rosenmontag (Karneval / Fasching / Fasnacht)
13	
14	Valentinstag
15	
16	
17	
18	
19	
20	Welttag der Sozialen Gerechtigkeit
21	Internationaler Tag der Muttersprache
22	Geschwister-Scholl-Gedenktag (Weiße Rose)
23	
24	
25	
26	
27	
28	
29	
30	

Legende

- Muslimische Feier- und Gedenktage
- Hinduistische Feier- und Gedenktage
- Jüdische Feier- und Gedenktage
- Christliche Feier- und Gedenktage
- Buddhistische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage von Sinti:zze und Rom:nja
- ▲ Kurdische Feier- und Gedenktage
- ▲ Alevitische Feier- und Gedenktage
- ▲ Feier- und Gedenktage der Bahai
- ▲ Ezidische Feier- und Gedenktage
- Feier- und Gedenktage Schwarzer Menschen
- Feier- und Gedenktage von LSBT*IQ
- Feier- und Gedenktage von Frauen
- Feier- und Gedenktage von Menschen mit Behinderung
- Feier- und Gedenktage bzgl. des Lebensalters
- ▼ Gedenktage bzgl. des Nationalsozialismus
- ▼ Gedenktage gegen Rechtsextremismus
- ▼ Gedenktage gegen Rassismus
- ▼ Feier- und Gedenktage für Menschenrechte/Demokratie
- ▼ Feier- und Gedenktage der deutschen Migrationsgeschichte
- Sonstige humanitäre internationale Feier- und Gedenktage
- Sonstige besondere Tage

Die IDA-Infomail erscheint mehrmals jährlich und wird herausgegeben vom

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusbearbeitung e. V. (IDA)

Volmerswerther Str. 20

40221 Düsseldorf

Tel: 02 11 / 15 92 55-5

Fax: 02 11 / 15 92 55-69

Info@IDAeV.de

www.IDAeV.de

Redaktion:

Sebastian Seng, Lea Winterscheidt, Ahmed Harun Oral; V.i.S.d.P.: Ansgar Drücker

Redaktionsschluss für die nächste Ausgabe: 15. Februar 2023

Informationen ohne Quellenangabe sind unterschiedlichen Mitglieds- oder Verbandszeitschriften, Websites sowie Pressemeldungen entnommen. IDA e. V. ist anerkannt als gemeinnütziger Verein durch das Finanzamt Düsseldorf-Süd, Steuer-Nummer: 106/5748/1122, als Träger der freien Jugendhilfe gemäß § 75 KJHG, als Träger der politischen Erwachsenenbildung und wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert.

ISSN 1611-8952

Datenschutz

Wir haben zum Versenden der Infomail Ihre E-Mailadresse (und ggf. weitere personenbezogene Daten) gespeichert. Wir nutzen die gespeicherten Kontaktdaten nur, um Ihnen die Infomail zukommen zu lassen.

Wenn Sie die Infomail nicht mehr von uns erhalten möchten, können Sie diese jederzeit abbestellen, indem Sie uns eine formlose E-Mail an Info@IDAeV.de senden. Wir werden die Adresse dann aus dem Verteiler entfernen. Alternativ können Sie sich unter <https://www.idaev.de/publikationen/infomail/abonnement/> vom Abonnement abmelden.